

Finnland: Wettbewerbspakt

Massive Einschränkungen von ArbeitnehmerInnenrechten unter rechts-konservativem Regierungsdruck

Ziel war, die Wettbewerbsfähigkeit Finnlands anzukurbeln. Unter diesem Motto übte die finnische Regierung enormen Druck auf die Gewerkschaften aus, einen Sozialpakt zu verhandeln, der massive Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen mit sich brachte. Ein Beispiel rechts-konservativer Austeritätspolitik.

Sophia Reisecker

Medien in ganz Europa befassen sich derzeit mit dem finnischen Experiment eines bedingungslosen Grundeinkommens: 2.000 der ca. 5,5 Millionen FinnInnen erhalten über zwei Jahre hinweg 560 Euro monatlich. Ein Grundeinkommen übrigens, von dem man in Finnland nicht leben kann; um nicht als armutsgefährdet zu gelten, benötigt man jährlich mindestens 10.987 Euro.¹

Als aber im Jahr 2016 ein Pakt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Finnlands abgeschlossen wurde, berichtete kaum eine Zeitung in Europa darüber. Dieser sah viel massivere Eingriffe ins System vor, nämlich breite Arbeitsmarktreformen, die alle Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor betrafen. U.a. wurden Sozialversicherungsabgaben von den ArbeitgeberInnen auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt, 2017 wird es keine Lohnerhöhungen geben und die jährliche Arbeitszeit wurde um 24 Stunden ohne Lohnausgleich erhöht.

Innenpolitisch war dieser Pakt in Finnland über ein Jahr lang ein umstrittenes Thema. Die neue rechts-konservative Regierung strebte schon ab ihrer Bestellung im April

2015 an, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mit Hilfe harter Einschnitte in die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu stärken. Die Gewerkschaften stellte sie dabei vor die Wahl, entweder ein Paket mit zu verhandeln und umzusetzen oder härtere Maßnahmen und Einschränkung der Kollektivvertragsfähigkeit auf gesetzlichem Wege hinnehmen zu müssen.

Rechts-konservative Regierung will ArbeitnehmerInnen-Rechte schwächen um Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Wirtschaftliche und politische Entwicklung Finnlands ■ Die Wirtschaft entwickelte sich Anfang der 2000er Jahre positiv, im EU-Vergleich stand Finnland sehr gut da. Im Zuge der Krise sanken die Exporte 2009 zunächst empfindlich ab und pendelten sich ab 2011 unter dem Vor-Krisen-Niveau wieder ein. Der gesamtstaatliche Schuldenstand erhöhte sich von 34% des BIP im Jahr 2007 auf 59,3% 2014. Die Arbeitslosenrate stieg seit 2007 kontinuierlich von 6,7% auf 8,7%.²

Die finnische Politik versuchte, darauf zu reagieren. Bis 2011 führten die Reformprogramme im Großen und Ganzen zu sozialen Verbesserungen, wobei eine restriktive Sparpolitik ab 2009 die Spielräume verkleinerte. Mit der großen Koalition (bestehend aus sechs bzw. ab 2014 fünf Parteien) kam es zwischen 2011 und 2015 zu einer klaren Trendwende: konsequent wurde die Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Sozialstandards verfolgt.

Bei den Parlamentswahlen 2011 verlor die liberale „Finnische Zentrums-partei“, die bis dahin die stärkste Kraft war, massiv an Stimmen. Die konservative „Nationale Sammlungspartei“ wurde mit 20,4% die Stärkste. Gleichzeitig hatte sich der WählerInnenanteil der rechtspopulistischen Partei „Wahre Finnen“/„Die Finnen“ auf rund 19% mehr als vervierfacht. Sie standen aufgrund der Zustimmung der Sammlungspartei zu einem EU-„Rettungspaket“ für Portugal jedoch nicht für eine Koalition zur Verfügung, weswegen sich eine große Koalition formte.

Nach den Wahlen 2015 bildete sich am 29. Mai eine rechts-konservative Regierung unter der Führung der ➤



Zentrumspartei mit den Finnen und der Sammlungspartei.

Gewerkschaftslandschaft ■ Das finnische Gewerkschaftssystem beruht auf einer Zuordnung nach Beschäftigungsart. Lokale Gewerkschaften bündeln sich in nationale Verbände, die wiederum Mitglieder in Dachverbänden sind. Insgesamt organisieren die Gewerkschaften circa 75% der Beschäftigten in Finnland.

Der größte der drei Dachverbände ist mit rund einer Million Mitgliedern die SAK, die vor allem ArbeiterInnen vertritt. Sie wurde 1907 gegründet und ist damit der älteste Verband. Zu ihr gehören 20 Gewerkschaften, darunter die MetallarbeiterInnen, die Dienstleistungsgewerkschaft, die Grenzsicherheitsgewerkschaft, die allgemeine JournalistInnengewerkschaft und die EisenbahnerInnen.

Gewerkschaften organisieren rund 75% der finnischen Beschäftigten.

AKAVA, mit rund 600.000 Mitgliedern, vertritt vor allem hoch qualifizierte wie Fach- und Führungskräfte und Personal mit Universitätsabschluss. Auch über 100.000 Studierende sind hier organisiert. Der AKAVA gehören 36 Gewerkschaften an, darunter die Bildungsgewerkschaft, die der DiplomingenieurInnen, der AnwaltInnen, der ArchitektInnen und die PsychologInnen.

Die STTK vertritt rund 550.000 Mitglieder im Angestelltenbereich – die Mehrheit davon arbeitet im öffentlichen Dienst, gut drei Viertel sind Frauen. Ihr gehören 18 Mitglieds-gewerkschaften aus den Bereichen der Kommunalverwaltung, des Versicherungssektors, der IT-Branche und der Hilfe- und Pflegekräfte an.

Kollektivvertragspolitik ■ Das finnische Arbeitsrecht gilt auf nationaler

Ebene, in Kollektivverträgen können jedoch in vielen Bereichen (außer bspw. Diskriminierungsschutz, Gleichstellungsfragen) abweichende Bestimmungen festgeschrieben werden. Insofern kommt der Kollektivvertragspolitik in Finnland neben der lohnpolitischen Funktion eine große sozial- und wirtschaftspolitische Rolle zu. VerhandlungspartnerInnen sind die Gewerkschaftsverbände und ArbeitgeberInnenverbände.

Lohnverhandlungen finden primär auf nationaler Ebene statt, sekundär auf sektoraler und betrieblicher. Derzeit haben die Kollektivverträge, die von der SAK und der STTK ausgehandelt werden, klare Bestimmungen hinsichtlich Entgelt, Jahresurlaub und Arbeitszeit, die in den Sektoren und Betrieben nicht unterschritten werden dürfen. Die AKAVA wiederum lässt hier mehr Flexibilität zu.

Laut einer Studie des Ministeriums für Arbeit waren 2014 75,5% der Beschäftigten in der Privatwirtschaft und 100% im öffentlichen Dienst durch Kollektivverträge abgedeckt – durchschnittlich sind das rund 90%.³ Hinzu kommen unternehmensspezifische Kollektivverträge, die von dieser Studie nicht erfasst wurden.

Neoliberale Offensive im Regierungsprogramm ■ Das Programm für 2015 bis 2019 der rechtskonservativen Regierung, "Finnland, ein Land der Lösungen", identifiziert „rigide Strukturen, Bürokratie, Überregulierung, Standardisierung und Starrheit der Arbeitsmärkte“⁴ als eine der Schwächen von Finnland. Das erste inhaltliche Kapitel heißt „nachhaltiges Wachstum und Staatsfinanzen“, das zweite „Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit“ – eine Kombination, bei der die Gewerkschaften wohl bereits alarmiert zu blättern begannen. In diesen Kapiteln legt die Regierung ausführlich dar, welche Schritte sie zu setzen gedenkt.

Einige Beispiele:

■ Es wird ein „Sozialpakt“ der Sozialpartner angestrebt, zu dessen Zielen beispielsweise „Maßnahmen (...), um Lohnstückkosten um mindestens 5% zu verringern“⁵ gehören.

■ Es wird eine Reform der Arbeitslosenversicherung angekündigt, die eine Verschärfung der Verpflichtung, Arbeit an- sowie an Aktivierungsmaßnahmen teilzunehmen, vorsieht. Wörtlich soll sie „die eigene Rolle des/der Arbeitssuchenden bei der Arbeitssuche aktivieren und die effektivere Durchsetzung der Sanktionen (...) sicherstellen“⁶

■ Von den Sozialpartnern wird erwartet, eine Aufwertung von lokalen, betrieblichen Kollektivverträgen zu erreichen, um die Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Flexibilität zu erhöhen.

■ Der Beitrag der Regierung auf legislativer Ebene sind bspw. Reformen der Arbeitszeitregelungen, aber auch die Stärkung der Beschäftigten bei der Teilhabe an Entscheidungsprozessen im Unternehmen.

Abseits oben genannter Beispiele ist viel von Steuererleichterungen (z.B. Senkung der Erbschaftsteuer) und Deregulierung die Rede. Das finnische Regierungsprogramm spiegelt die neoliberale Ideologie vom schlanken Staat perfekt wider.

Kollektivvertragspolitik hat eine große sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung.

Ultimatum an die Gewerkschaften ■ Die Erwartungshaltung der Regierung war, dass die Sozialpartner die entsprechenden Maßnahmen im Rahmen eines Sozialpaktes durch Kollektivverträge implementie- »



ren. Doch bereits im Regierungsprogramm wurden konkrete Maßnahmen für den Fall, dass es zu keinem Sozialpakt komme, angekündigt.⁷

Noch im Frühjahr 2015 starteten die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern über das Arbeitsmarktüberkommen. Als die Verhandlungen im Herbst ins Stocken kamen, stellte die Regierung die Gewerkschaften vor ein Ultimatum.

Szenario 1: Die Gewerkschaften überschreiten ihre roten Linien und stimmen dem Wettbewerbspakt zu.

Szenario 2: Die Regierung beschließt ihr im Regierungsprogramm vorgelegtes Maßnahmenpaket über 1,5 Milliarden Euro Einsparungen. Dazu gehörten etwa Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, Familien- und Studienbeihilfe. Die staatlichen Zuschüsse für Erwachsenenbildung sollten durch einen staatlichen Kredit abgelöst werden. Gleichzeitig sollten Steuern angehoben werden, etwa Elektrizitätsteuer und Einkommenssteuer. Zusätzlich zu diesem Maßnahmenprogramm drohte die Regierung der Gewerkschaft mit weiteren gesetzlichen Regelungen (Kürzung von Überstunden-, Nachtarbeits- und Wochenendarbeitszuschlag sowie Krankengeld, die Abschaffung bezahlter Feiertage) und damit, die Regelung der Arbeitszeit aus der Kollektivvertragskompetenz zu nehmen.

Das Regierungsprogramm sah bereits Maßnahmen vor, so der Sozialpakt nicht zustande kommt.

Die Gewerkschaften wurden somit vor die Wahl gestellt: entweder selbst mitzugestalten, um eventuell Schlimmeres zu verhindern, aber gleichzeitig massive Verschlechterungen mittragen zu müssen; oder

in ihrer ureigenen Kernkompetenz – der Kollektivvertragspolitik – beschnitten zu werden, wobei Verschlechterungen nicht zu verhindern gewesen wären. Eine Situation, die eher Erpressung als Verhandlung ist.

Im Januar 2016 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, einen Monat später erzielte man eine Einigung über den Pakt. Den Gewerkschaften wurde bis Ende Mai Zeit gegeben, ihre internen Abstimmungen durchzuführen und dem Sozialpakt, der mittlerweile Wettbewerbspakt hieß, zuzustimmen.

Der Wettbewerbspakt – das Verhandlungsergebnis ■ Positive Verhandlungsergebnisse konnten bei einer Verbesserung des Kündigungsschutzes erzielt werden – und darin, dass weder das 1,5 Milliarden-Paket noch andere angekündigte Maßnahmen der Regierung verabschiedet wurden. Auf der Negativseite stehen ausbleibende Lohnerhöhungen für das Jahr 2017, Erhöhung der Arbeitszeit, Umwälzung von Sozialabgaben auf die ArbeitnehmerInnen sowie die Kürzung des Urlaubsgeldes für öffentlich Bedienstete.

Der Wettbewerbspakt im Detail

■ **Verbesserter Kündigungsschutz bei einer Beschäftigungsdauer von mehr als fünf Jahren in einer Firma mit mehr als 30 Beschäftigten:** Es gibt ein Recht auf Wiederbeschäftigungstraining, die Höhe hängt vom Einkommen der betroffenen Person ab. Der/die gekündigte Beschäftigte hat für weitere sechs Monate nach Beendigung des Dienstverhältnisses Anspruch auf betriebliche Gesundheitsangebote.

■ **Kollektivverträge:** Alle Kollektivverträge werden für weitere 12 Monate verlängert – Löhne und

Gewerkschaften haben sich in Situation der Erpressung wiedergefunden.

Gehälter werden für diese Zeit eingefroren. Die Verhandlungen im Herbst 2017 sollen die Ankerbelung von Wirtschaft und Beschäftigung zum Ziel haben.

■ **Ausweitung der allgemeinen Arbeitszeit:** Die jährliche Arbeitszeit wird um 24 Stunden (also drei volle Arbeitstage) erhöht, ohne entsprechenden Lohnausgleich. Die Implementierung der Ausweitung liegt in der Kompetenz der SozialpartnerInnen der jeweiligen Sektoren im Rahmen von Kollektivverträgen.

■ **Senkung des Urlaubsgeldes:** Für alle öffentlich Bediensteten wird das Urlaubsgeld – vorübergehend zwischen 2017 und 2019 – um 30 % gekürzt.

■ **Pensionsversicherung:** Die lohnabhängigen Pensionsbeiträge der ArbeitnehmerInnen werden zwischen 2017 und 2019 sukzessive um insgesamt 1,2% erhöht – die Beiträge der ArbeitgeberInnen sinken entsprechend.

■ **Arbeitslosenversicherung:** Die lohnabhängige Arbeitslosenversicherung der ArbeitnehmerInnen wird zwischen 2017 und 2019 sukzessive um insgesamt 0,85% erhöht – die Beiträge der ArbeitgeberInnen sinken entsprechend.

Die Erhöhung der Beiträge der ArbeitnehmerInnen für Pensions- und Arbeitslosenversicherung entspricht bei einem durchschnittlichen Einkommen in Finnland (3.284 Euro brutto) einem jährlichen Verlust von 1.367 Euro für jede_n. Im öffentlichen Dienst beträgt der durchschnittliche Verlust gar 1.860 Euro.⁸ »



Lohnsteuersenkung bei breiter gewerkschaftlicher Zustimmung

■ Als „Anreiz“ für die Zustimmung der Gewerkschaften wurde auch eine Lohnsteuersenkung vorgesehen – abhängig vom Grad der sozialpartnerschaftlichen Umsetzung des Wettbewerbspakts. Die Steuererleichterung betrifft alle Einkommensklassen.

Wenn der Wettbewerbspakt „ausreichende Abdeckung“ erreicht und vollzogen ist, würde die Regierung ein Zugeständnis von 315 Millionen Euro im Budget 2017 an Lohnsteuersenkung machen. Bei einer Abdeckungsrate des Paktes (in den Kollektivverträgen) von mehr als 85% wird dieses Volumen um weitere 100 Millionen Euro angehoben. Wenn die Abdeckung gar mehr als 90% beträgt, wird die Lohnsteuererleichterung ein Volumen von 515 Millionen Euro ausmachen.⁹

Der Wettbewerbspakt ist ein neoliberales Projekt: Löhne kürzen und im Gegenzug Lohnsteuer senken ...

Gleichzeitig verspricht die Regierung, sich zu „bemühen“, die Lohnsteuer 2018 und 2019 nicht anzuheben.

Gewerkschaftliches Ringen ■ Obwohl die Verhandlungen nach dem Ultimatum der Regierung wieder aufgenommen worden waren, war es nicht sicher, dass die Gewerkschaftsgremien tatsächlich dem Endergebnis zustimmen würden.

Abgesehen von der Verbesserung im Kündigungsschutz und der möglichen Lohnsteuersenkung für 2017 konnten die Gewerkschaften in der Erfolgsbilanz „nur“ vorweisen, Schlimmeres verhindert zu haben. Dem gegenüber standen zahlreiche Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen.

Die Gewerkschaften hatten somit die Wahl zwischen Pest und Cholera: Sowohl eine Zustimmung als auch eine Ablehnung des Paktes barg die Gefahr, ihre Legitimation gegenüber der Basis zu verlieren weil sie massive Verschlechterungen für die eigene Interessensgruppe tolerieren. Ein Nein bedeutete aber zusätzlich, ungezügelter Austeritätspolitik durch die finnische Regierung zuzulassen, Einschränkungen in den eigenen Gewerkschaftsrechten hinnehmen zu müssen und somit längerfristigen Handlungsspielraum zu verlieren.

Während viele kleinere Gewerkschaften rasch ihre Zustimmung gegeben hatten, war der gewerkschaftsinterne Prozess bei den großen Gewerkschaften PAM (Dienstleistungsgewerkschaft) und Metalli (MetallarbeiterInnen) langwieriger. Am 3. Juni 2016 fiel schließlich die PAM den Beschluss, den Wettbewerbspakt umzusetzen, vorausgesetzt, auch die MetallarbeiterInnen würden zustimmen. Deren Gewerkschaft gab eine Woche später, am 10. Juni, grünes Licht.

Unterzeichnung und Umsetzung

■ Durch die Zustimmung der großen Gewerkschaften konnte am 14. Juni 2016 der Wettbewerbspakt unterzeichnet werden. Aufgrund der Anzahl der unterstützenden Gewerkschaften waren 86,52% der Beschäftigten durch die Implementierung in den Kollektivverträgen von den Maßnahmen des Wettbewerbspakts betroffen.

Dementsprechend sah die finnische Regierung für das Budget 2017 eine Senkung des Einkommenssteuervolumens in Höhe von 415 Millionen Euro vor. Die Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung scheint interessanterweise in der Praxis nicht flächendeckend zu funktionieren: Gewerkschaften berichten, dass einzelne Unternehmen nicht an der Ausweitung der Arbeitszeit interessiert wären.¹⁰

Bewertung des Paktes ■ Der Wettbewerbspakt ist ein eindeutig neoliberales Projekt. Er folgt der in Europa derzeit allgegenwärtigen „Logik“, wonach die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes durch innere Abwertung, also Senkung der Lohnkosten, erlangt werden soll. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die von der Regierung zumindest als offizielles

... schlanker Sozialstaat sowie Konzernen freies Spiel ermöglichen!

Ziel angegeben wird, orientiert sich ausschließlich an quantitativen Kriterien: Dass auch diese Jobs ein Einkommen zum Leben garantieren sollten, ist irrelevant.

Auf Kosten der Beschäftigten, aber auch auf Kosten der öffentlichen Hand (Verzicht auf Steuereinnahmen), sollen Anreize für Unternehmen geschaffen werden. Da die Kaufkraft der Bevölkerung allerdings stark reduziert wird, ist nicht davon auszugehen, dass ein nennenswertes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen sein wird. Denn faktisch bedeutet der Wettbewerbspakt, dass die Einkommen der FinnInnen gekürzt werden: Die Umwälzung der Sozialabgaben verringert den Nettolohn, es wird für dasselbe Geld 24 Stunden mehr gearbeitet und durch die ausbleibenden Lohnerhöhungen 2017 schlägt die Inflation voll durch.

Kahlschlag in der finnischen Sozialgesetzgebung

■ Der Wettbewerbspakt in Finnland ist jedoch nur eine von mehreren „Reformmaßnahmen“. Gleichzeitig läuft die Umsetzung des übrigen Regierungsprogramms, das im Bereich von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik noch eine breite Menüliste neoliberaler Politik zu bieten hat (s.o. Abschnitt „Offensive im Regierungsprogramm“).





Beispielsweise wurde mit Wirkung 1. Januar 2016 die Einschränkung der Ladenöffnungszeiten aufgehoben. Alle Geschäfte und Friseursalons können 24 Stunden an sieben Tagen der Woche geöffnet bleiben, es bedarf dazu auch keiner Sondergenehmigung. Im finnischen Parlament fand diese Vorlage breite Zustimmung: 145 Abgeordnete unterstützen die Ladenzeitenliberalisierung, nur 35 waren dagegen.

Zudem wurde die Probezeit, während derer die Beschäftigten nur schwach abgesichert sind, von vier auf sechs Monate erhöht. Die Regierung schaffte ein Gesetz ab, das einem EUGH-Urteil entsprach und vorsah, dass sich Urlaub und Krankheit nicht überlappen dürfen und entsprechende Urlaubstage gutgeschrieben werden. Darüber hinaus können nun befristete Arbeitsverträge mit Maximalbefristung von einem Jahr drei Mal verlängert werden.

Daneben gibt es noch zahlreiche weitere neue Gesetzgebungen, die sozialpolitisch bedenklich sind. Viele Vorschläge mussten allerdings von der Regierung wieder zurückgezogen werden – beispielsweise, dass die Voraussetzungen für Kündigungen auf Betriebsebene festgelegt werden sollen oder das Entziehen des sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsmandats über das Urlaubsausmaß. Teilweise waren diese Gesetzesvorlagen zu wenig durchdacht und mussten deswegen zurückgenommen werden. Teilweise kam es auch zu erfolgreichen gewerkschaftlichen Protesten. Es kann aber durchaus sein, dass viele dieser Ankündigungen reine Taktik waren, um politischen Druck auf die Gewerkschaften aufzubauen.

Europäische Realität ■ Der Wettbewerbspakt und die anderen Maßnahmen waren aber nicht alleine neoliberale Austeritätspolitik einer rechts-konservativen Regierung vor

dem Hintergrund schwieriger wirtschaftlichen Kennzahlen. Politik, die sich gegen die Rechte von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften stellt, die einen schlanken Sozialstaat durchsetzt und versucht, Konzernen freies Spiel zu ermöglichen, zeigt sich überall in Europa. Ein prominentes Beispiel hierfür sind die jüngsten Deregulierungen des Arbeitsrechts in Frankreich.¹¹

Diese Politik wird von der Europäischen Kommission unterstützt und eingefordert. In ihren länderspezifischen Empfehlungen drängt sie unter dem Titel „fiskalpolitische Konsolidierung“ nationale Regierungen

Die Europäische Union spielt bei der Durchsetzung dieser Politik eine gewichtige Rolle.

kontinuierlich, sozialpolitische Standards abzubauen. Im Rahmen des Europäischen Semesters 2011 wurde Finnland u.a. empfohlen, das effektive Pensionsalter zu erhöhen, es an die Lebenserwartung zu koppeln und die Optionen für frühzeitiges Ausscheiden einzuschränken. Diese Forderung findet sich in vielen Empfehlungen der Kommission, unter anderem auch im ersten Vorschlag zur Europäischen Säule sozialer Rechte.

2014 etwa betonten Kommission und Rat für Finnland die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform auf kommunaler Ebene, inklusive sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen. 2016 empfahlen die Europäischen Institutionen, dass „Hemmnisse“ im Lohnfindungssystem beseitigt werden sollen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Exporte zu verbessern.

Viele Reformen der finnischen Regierung, nicht nur im Bereich der Sozialpolitik, sondern auch in Bildung, Verwaltung etc., folgten den länderspezifischen Empfehlungen

im Rahmen des Europäischen Semesters seit 2011. Die Rolle der Europäischen Union bei der Durchsetzung von Reformen kann nicht überschätzt werden. Und der Druck wird in den nächsten Jahren voraussichtlich noch steigen.

Echte Sozialpolitik statt Sparkurs ■ Die Krisenpolitik der letzten Jahre hat europaweit Wohlfahrtsstaaten untergraben und stellt soziale Sicherungssysteme in Frage. Zudem häufen sich Angriffe auf politische Grundrechte (wie etwa die Versammlungsfreiheit in Frankreich) und Gewerkschaftsrechte (wie etwa Autonomie bei Kollektivvertragspolitik). Es ist schwierig, in einem solchen Klima sozialpolitischen Fortschritt voranzubringen.

Eine abwärts gerichtete Spirale des Wettbewerbs bei Unternehmensbesteuerungen, die Anhebung täglicher, wöchentlicher, jährlicher Höchstarbeitszeiten und das Einfrieren von Löhnen, all das sind neoliberale Strategien der Deregulierung. Viele Staaten, wie nun auch Finnland, haben im Zuge der Austeritätspolitik diesem Druck nachgegeben. Das Ergebnis ist vielfach ein schlanker Sozialstaat, der aufgrund eines geringen Haushaltsspielraums und breiter Kompetenzübertragungen auf Private immer weniger handlungsfähig ist.

Auch Österreich ist diesem Druck ausgesetzt. Neben fiskalpolitischen Vorgaben empfehlen beispielsweise die Europäische Kommission oder die OECD schon seit Jahren, in Österreich „endlich“ das Pensionsantrittsalter anzupassen und die Pensionsautomatik einzuführen. Trotz Sparpolitik konnten bisher viele sozialpolitische Standards gehalten oder gar erhöht werden – sie sind jedoch nicht in Stein gemeißelt. Die österreichische Gewerkschaft kann und muss aus Beispielen wie dem finnischen Wettbewerbspakt lernen. Eine Situation, welche die Gewerk- ➤

Gewerkschaftliche Forderung: soziale Frage hat Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Freiheiten zu haben.

schaften zwingt zwischen Pest und Cholera zu wählen, muss verhindert werden. Dafür braucht es eine starke Bewegung und Solidarisierung der ArbeitnehmerInnen.

In Europa muss die soziale Frage wieder gestellt werden. Es geht darum, ihr Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Freiheiten zu einzuräumen. Wir brauchen europäische Mindeststan-

dards, etwa für Arbeitszeiten, Urlaub und Arbeitslosengeldanspruch. Meinungs-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit sind wichtige Werte, die nicht unter die Räder der Austeritätspolitik kommen dürfen. Anstatt nationale Lohnfindungssysteme zu

untergraben, müssen Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenvertretungen gestärkt werden, damit nicht nur Jobs geschaffen werden, sondern auch sichergestellt wird, dass die Arbeitsbedingungen, die soziale Sicherung und die Entlohnung den ArbeitnehmerInnen zugutekommen

Sophia Reisecker ■ GPA-djp International
sophia.reisecker@gpa-djp.at

- 1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1169/umfrage/einkommensgrenzen-fuer-armutsgefaehrung-in-europa/> (17.02.2017).
- 2) ETUI (Agostini Chiara, Lisi Valentina, Natali David, Sabato Sebastiano), *Balancing protection and investment: structural reforms in five countries* (2016) 47.
- 3) <http://www.etui.org/Reforms-Watch/Finland/Industrial-relations-in-Finland-background-summary> (15.02.2017).
- 4) Government Publications, Finland, *al land of solutions. Strategic Programme of Prime Minister Juha Sipilä's Government*, 29 May 2015 (2015), 9.
- 5) Ebenda. 14.
- 6) Ebenda 16.
- 7) Ebenda 13, ANNEX 2.
- 8) ETUI: <http://www.etui.org/Reforms-Watch/Finland/Labour-market-reforms-in-Finland-background-summary> (16.02.2017).
- 9) http://vnk.fi/en/article/-/asset_publisher/hallituksen-linjaus-kilpailukykysovimusta-tukevista-toimista (16.02.2017).
- 10) <http://heikkijokinen.info/en/trade-union-news-from-finland/1131-many-companies-give-up-on-extend-working-hours-despite-the-national-competitiveness-pact> (16.02.2017).
- 11) Lukas Oberndorfer, *Frankreich und die Demokratie in der Krise*, *infobrief eu & international* 5/2016.

blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

Anklicken:
blog.arbeit-wirtschaft.at
twitter.com/AundW
facebook.com/arbeit.wirtschaft



EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen

Bestellen!

Unter <http://wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.



Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

